



Kiel, 08.11.2019

Newsletter Nr. 3/2019
des Arbeitskreises
Umwelt, Energie
und ländliche Räume

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Thema Klimaschutz bleibt für uns im Fokus unserer politischen Arbeit. Wichtige Impulse für unsere politischen Initiativen haben wir auf unserer großen Klimaschutzkonferenz am 28. September 2019 in Neumünster bekommen. Wir danken allen Teilnehmenden für ihre Beiträge!



Ein weiterer Schwerpunkt unserer politischen Befassung ist und bleibt für uns der Schutz unseres Wassers. Wir unterstützen das aktuell laufende Volksbegehren und setzen uns weiterhin für eine Nachbesserung der Düngeverordnung ein, um die Nitrateinträge in unser Wasser und in unsere Böden deutlich zu verringern.

In den letzten Monaten haben wir uns zudem mit der weiteren Umsetzung der Energiewende, des Tierschutzes in der Nutztierhaltung und der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie dem Erhalt der Artenvielfalt beschäftigt.

Wir bleiben bei all diesen für unsere Umwelt so wichtigen Themen dran und danken Ihnen allen herzlich für Ihre Unterstützung unserer Arbeit.

Wir wünschen Ihnen allen eine schöne Vorweihnachtszeit!

Impressum

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume

Verantwortlich:

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises
Dr. Silke Schielberg, Referentin des Arbeitskreises
Layout: Astrid Leßmann

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel.: 0431/988-1334/1331
Fax: 0431/988-1313
E-Mail:s.schielberg@spd.ltsh.de

Große Klimaschutzkonferenz in Neumünster mit Meeno Schrader

„Wir müssen sicherstellen, dass die Klimaschutzziele von Paris auch erreicht werden“, hat unser energiepolitischer Sprecher Thomas Hölck bei unserer Klimaschutzkonferenz im Alten Stahlwerk in Neumünster am 28. September gefordert.

Etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Vereinen, Verbänden, der SPD sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger gingen nicht nur der Frage nach, was die Politik tun kann, sondern auch, was jeder einzelne selbst im Alltag als Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Als Stichpunkte wurden zum Beispiel genannt, die Lebensmittelverschwendung zu verringern und öfter mal auf das Auto zu verzichten. Das wiederum setzt aber einen Ausbau des ÖPNV voraus, ebenso die Kostenfreiheit für Busse und Bahnen. CO₂-Bepreisung, der konsequente Ausbau der Windenergie sowie alternative Antriebsformen für Autos waren weitere Schlagworte. Die von uns seit langem geforderte Neuausrichtung der Landwirtschaft spielte in der Diskussion auch eine wichtige Rolle.



Zu Beginn der Veranstaltung machte Thomas Hölck deutlich, was die SPD-Fraktion schon alles auf den Weg gebracht hat. So war Schleswig-Holstein zur Zeit der Küstenkoalition das erste Bundesland, das ein Klimaschutzgesetz mit konkreten Zielen verabschiedet hat. Zurzeit wird der SPD-Antrag zur Aufnahme des Klimaschutzes in die Landesverfassung im Landtag beraten.

Stellvertretend für die Jugendlichen ermahnte Clara Gnougnou die Anwesenden, sich stärker als bisher für den Klimaschutz zu engagieren.

Sie machte auch deutlich, was sich insbesondere Schülerinnen und Schüler wünschen, nämlich den Ausbau der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV sowie gerechtere Preise für Fahrkarten. Wichtig war ihr auch der Ausbau der Solarenergie. Die Digitalisierung müsste viel stärker für Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden. Außerdem forderte die Jugendliche, dass es eine Verbindung von Klimaschutz und Innovation geben müsse.

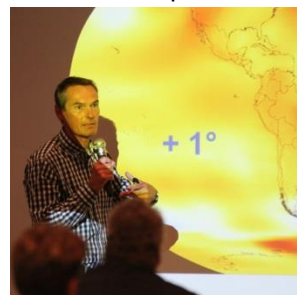


Die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt will sich dafür einsetzen, dass es auf EU-Ebene mehr Mittel für den Klimaschutz gibt. „Europa braucht einen Green New Deal“, forderte sie.



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer hatte in einer Videobotschaft das Klimaschutzpaket der Bundesregierung analysiert und sich deutliche Nachbesserungen für den Ausbau der Windkraft und bei der CO₂-Bepreisung gewünscht.

Als besonderen Gast konnte die SPD-Fraktion den Wetterexperten Meeno Schrader begrüßen.



In seinem spannenden Vortrag „Die Erde hat Fieber“ machte er deutlich, wie sich der Klimawandel in den Wetterphänomenen der vergangenen Jahre

und Jahrzehnte abbildet. Schrader sieht eine große Dramatik auf die Menschen zukommen, wenn jetzt nicht schnell gehandelt werde. Der Wetterexperte wies auch darauf hin, dass es wichtiger wäre, die finanziellen Mittel präven-

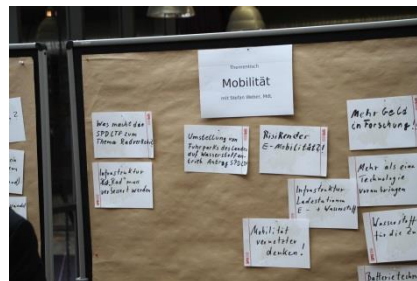
tiv auszugeben, da die Kosten, die durch den Klimawandel entstehen, deutlich höher seien. Schrader forderte ein massives Umdenken der Politik und jedes Einzelnen.



regungen für unsere weitere Arbeit bekommen. Wir danken allen Teilnehmenden für ihren Beitrag.

Die Konferenz war für uns ein gelungener Auftakt. Der Klimawandel wird uns weiter intensiv beschäftigen. Wir wollen uns weiter intensiv dieser großen Aufgabe stellen, weitere Initiativen auf den Weg bringen und darüber mit den Menschen im Gespräch bleiben.

An den Thementischen Erneuerbare Energien, Mobilität, Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft sowie Artenschutz haben wir viele An-



Volksinitiative zum Schutz des Wassers

Volksbegehren zum Schutz des Wassers startete am 02.09.2019



Wir wollen unser Trink- und Grundwasser, aber auch Oberflächenwasser und küstennahe Gewässer dauerhaft schützen, v.a. vor Fracking. Wasser ist eine Grundvoraussetzung für unser Leben und laut UN-Versammlung ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht.

Deshalb ist die SPD Schleswig-Holstein dem aktuell laufenden Volksbegehren zum Schutz des Wassers beigetreten und unterstützt dies aktiv. Gemeinsam mit dem BUND, SSW, attac, Bürgerinitiativen gegen Fracking und vielen mehr gilt es jetzt, 80.000 Unterschriften zu sammeln.

Nach Auffassung der Volksinitiative (VI) soll Fracking sowie die Erdöl- und Erdgasförderung, durch Änderungen in den Landesgesetzen (Landeswassergesetz, Landesverwaltungsgesetz) verboten werden. Die 2016 mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) im Bund getroffenen und 2017 in Kraft getretenen Regelungen reichen aus Sicht der VI nicht aus, um das Wasser insbesondere vor den Gefahren des Frackings zu schützen. Deshalb hat die VI am 6. Juni 2019 ein Volksbegehren beantragt, das der Landtag am 19.06.2019 für zulässig erklärt hat.

Im Einzelnen sind die Ziele des Volksbegehrens:

- die Haftung von Ölkonzernen für Schäden soll verschärft werden,
- die Wasserbehörden sollen die Möglichkeit bekommen, die Beseitigung von Schäden anzuordnen,
- ein sofortiger Baustopp bei Wassergefährdung und unerwartetem Wasserfund soll vorgeschrieben werden,
- mehr Transparenz, d.h. beantragte Ölbohrungen einschließlich Informationen zum betroffenen Gebiet und des beabsichtigten Einsatzes der Fracking-Methode sollen veröffentlicht werden.

Der Landtag hat die geforderten Gesetzesänderungen bis auf eine Ausnahme als zulässig anerkannt.



Das Verbot von unkonventionellem Fracking über das Landeswassergesetz, das eine Forderung der VI war, ist nicht Bestandteil des Volksbegehrens. Die Regierungskoalition ist in diesem Fall einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes gefolgt, das zu dem Schluss kommt, dass dieser Punkt landesrechtlich nicht geregelt werden darf, da er bereits bundesrechtlich geregelt ist und das Land nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes in diesem Fall keine Abweichungskompetenz hat.



Die Volksinitiative hat dazu Klage vor dem Landesverfassungsgericht eingereicht. Die Entscheidung des Gerichtes, ob die VI ein landesweites gesetzliches Fracking-Verbot fordern darf, wird am 6. Dezember 2019 erwartet. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Anwendung der Fracking-Methode von Anfang an geteilt. Der Schutz unseres Wassers hat absolute Priorität. Wir folgen der Rechtsauffassung der Volksinitiative und sind der Auffassung, dass auch wie bei vorherigen Fällen bei Bürgerbeteiligungen, die Rechtsfragen nicht restriktiv ausgelegt werden sollten.

Die Unterschriften zur Unterstützung des

Volksbegehrens können in Ämtern und Rathäusern abgegeben werden. Auf der Internetseite der VI können Formulare für die Unterschriften heruntergeladen werden. Dort finden sich auch die Adressen der Sammelstellen: <https://vi-wasser.de/>

Unterstützen auch Sie dieses wichtige Volksbegehren.

Weitere Informationen sind unter <https://www.spd-schleswig-holstein.de/mach-mit-das-volksbegehren-zum-schutz-des-wasser/> verfügbar.

**VOLKSBEGEHREN ZUM
SCHUTZ DES WASSERS**

WWW.VI-WASSER.DE

TRINKWASSER SCHÜTZEN

JETZT UNTERSCHREIBEN!

SYUPPI
OMNIBUS
DLI
SPD
PIRATEN PARTei
SSW
altac
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BUND

Grundwasser schützen! Stand der Diskussion zur Verschärfung der Düngeverordnung

Antrag der Fraktion der SPD Drs. 19/1624

Das Thema Düngeverordnung war mit unserem Antrag „Grundwasser schützen! Stand der Diskussion zur Verschärfung der Düngeverordnung“ im September wieder auf der Tagesordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Und das aus gutem Grund! Denn es geht um den Schutz unserer kostbarsten Ressource: unser Grundwasser.

Der EuGH hat im Juni 2018 festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland auch mit der 2017 novellierten Düngeverordnung noch gegen die Nitratrichtlinie der EU verstößt. Am 25. Juli kam dann aus Brüssel die letzte Mahnung. Mit dem deutlichen Hinweis, dass nunmehr eine letzte Stellungnahme mit Lösungsvorschlägen erwartet wird. Wenn nicht, droht ein Zwangsgeld, man spricht von 900.000 € täglich.

Und das ist auch für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung! Große Teile des Landes sind sogenannte „rote Gebiete“, also Bereiche, die in besonderem Maße von Überdüngung betroffen sind. Die Jahrzehnte mit „Wachse oder Weiche“, mit immer höheren Erträgen, mit immer mehr Tieren, haben in unserer Umwelt, in der Landschaft und eben auch im Grundwasser tiefe Spuren hinterlassen.

Die Europäische Kommission hat im Juli auch mitgeteilt, dass unter den Bundesländern mit dem größten Anteil von Messstellen mit Nitratkonzentrationen über 50 mg/l Schleswig-Holstein auf Platz 3 ist, Tendenz steigend. Das ist alarmierend!

Bereits am 17.4.2018 stellte die SPD Landtagsfraktion den Antrag „Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!“

Unsere Forderungen: Düngeverordnung auf Bundesebene nachbessern, alle Möglichkeiten

für Schleswig-Holstein nutzen und mehr Personal für die zuständigen Behörden.

Das Verfahren um die Düngeverordnung ist für Schleswig-Holstein, für unsere Wasserversorgung und für die Landwirtschaft von großer Bedeutung.

Daher muss dringend mit allen Beteiligten gemeinsam und mit der Wissenschaft eingehend beraten und entschieden werden, welche Wege Schleswig-Holstein gehen kann, um endlich den Schutz unseres Grundwassers zu sicherzustellen. Hier passiert eindeutig zu wenig.

Nach den Beratungen der Länderminister zu den aktuellen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission gab es eine Pressemitteilung des MELUND. Die war überschrieben mit: „Gemeinsame Presseerklärung der für Landwirtschaft und/oder Umwelt zuständigen Landesministerinnen“. Da stehen gute Sachen drin. Das sind auch Forderungen aus unserem Antrag vom April 2018. Der Antrag wurde im Landtag aber abgelehnt. Bei genauerer Betrachtung dieser Pressemitteilung wurde aber klar: die Unterzeichnenden sind ausschließlich grüne Umwelt- und Landwirtschaftsminister! In Schleswig-Holstein liegt beides in der Hand eines grünen Ministers. Wir dürfen gespannt sein, wie die Jamaika-Koalitionspartner das umsetzen wollen.

Die Bundesministerinnen haben nunmehr der Europäischen Kommission Vorschläge zur Verschärfung der Düngeverordnung gemacht. Nur durch eine erhebliche Verschärfung wird Deutschland die Zahlung von Strafgeldern noch abwenden können. Die Antwort der Kommission steht noch aus.

In den Diskussionen der vergangenen Monate ist deutlich geworden: die Flickschusterei mit der Düngeverordnung reicht nicht, um einen zuverlässigen Grundwasser- und Umweltschutz zu erreichen. Das gesamte nationale

Düngerecht muss auf den Prüfstand und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden! Die Düngeverordnung hat nur die sog. Wirtschaftsdünger im Blick (Mist, Gülle, Gärreste, Kompost, Klärschlamm) der Einsatz

von Mineraldünger bleibt außen vor, das reicht nicht.

Wir als SPD stehen für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft, hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft: ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel.

Bürgerdialog zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Schleswig-Holstein

Am 27.08.2019 hatte das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein zum „Bürgerdialog: Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Schleswig-Holstein“ ins Landeshaus eingeladen.

Für die seit 2017 regierende Jamaika-Koalition sollte es auch eine „Halbzeitbilanz der Nachhaltigkeitsziele“ sein. So wurden folgende Fragen aufgeworfen: „Wie können die bisherigen politischen Entscheidungen mit den Ambitionen zur Umsetzung der SDGs in Schleswig-Holstein zusammengebracht werden? Und wie soll zukünftig mit den Nachhaltigkeitszielen auf Landesebene in den unterschiedlichen Politikfeldern umgegangen werden?“.

Vorbereitet wurde der Abend durch das landesweite Netzwerk aus umwelt-, sozial-, bildungs-, und entwicklungspolitischen Vereinen und Verbänden, dem SDG-Netzwerk-SH. Dieses verfolgt die Umsetzung der 2015 von den Vereinten Nationen gesetzten Nachhaltigkeitsziele. Unter dem Leitmotto des Abends standen neben unserer Sprecherin für den Bereich Kerstin Metzner Vertreter von CDU, Grünen, FDP und AfD auf dem Podium. Die Veranstaltung wurde mit circa 100 Besuchern sehr gut angenommen.

Den Impuls des Abends gab Finn-Ole Semrau vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut mit einem informativen Vortrag zum Thema „Die Uhr tickt - was kostet uns die Nichtumsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele?“. An den drei Dimensionen von Nachhaltigkeit, der ökologischen, sozialen und der ökonomischen, erläuterte Herr Semrau die Schäden, die die Nichteinhaltung des 2015 in Paris vereinbarten 1,5 Grad-Klimaziels zur Folge hätte.

In der folgenden Podiumsdiskussion gaben sechs Vertreter aus dem Netzwerk, u.a. des BUND, des NABU und der Verbraucherzentrale, jeweils einen kurzen Input zur Einstimmung auf die Nachhaltigkeitsziele, um dann die Abgeordneten nach Maßnahmen zu dessen Erreichung und die Positionen der Parteien zu befragen. So breit gefächert wie die Nachhaltigkeitsziele waren auch die Themen, z.B. die Biodiversitätsstrategie, die Landesentwicklungsstrategie, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Energieeinsparung etc. Anschließend hatten auch die Gäste mit ihrem Expertenwissen die Möglichkeit, Fragen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele durch das Parlament an die Abgeordneten zu stellen. Eine Herausforderung! Der eigentliche Schwerpunkt, die Halbzeitbilanz der Jamaikaregierung unter Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele, geriet dabei et-

was ins Hintertreffen. Die Auswirkungen des neuen Vergabegesetzes wäre m.E. eine breitere Diskussion wert gewesen. Trotzdem wurde deutlich, dass die Umsetzung der SGDs noch wesentlich größerer Anstrengungen in der Regierungsarbeit bedarf, um die gesteckten Ziele für das Jahr 2030 zu erreichen. Vor allem hat der Abend zu einem regen Gedankenaustausch geführt.

Wir als SPD-Fraktion setzen auf einen weiteren angeregten Austausch und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bündnis Eine Welt e.V. und den Mitgliedern des Netzwerkes.

3. Energiepolitischer Fachbeirat zu den Themen LNG und Fernwärme

Sowohl an Bord als auch in den Häfen erzeugen Schiffe gesundheits-schädliche Feinstaub- und Stickoxidemissionen, die weit über den Grenzwerten liegen, die im Straßenverkehr gelten. Kann hier das Flüssiggas LNG in größerem Umfang zum Einsatz kommen?



Diese Frage ist beim dritten Treffen des „Energiepolitischen Fachbeirats“ der SPD-Landtagsfraktion besprochen worden. „Flüssiggase nachhaltig nutzen – welche Chancen und Risiken bietet die LNG-Technologie für Schleswig-Holstein?“ lautete das Thema, über das unter anderen die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Nina Scheer, Sönke Diesener vom NABU Hamburg, Andreas Suß, Bezirksleiter der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie sowie Vertreter der German LNG Terminal GmbH diskutierten.

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Hölck, kündigte an, dass die SPD das Thema Flüssiggas weiter bearbeiten will und außerdem mit Fachleuten für Antriebstechniken im Schiffbau Kontakt aufnehmen wird.

Weiteres Thema des Fachbeirates war der Beitrag der Fernwärme zur Energiewende.



Über Chancen und Probleme haben die Stadtwerke Kiel und die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein informiert.

Wir danken allen Teilnehmenden für ihren für unsere politische Diskussion wertvollen Input.

Tierwohllabel und Nutztierstrategie jetzt umsetzen!

Antrag der Fraktion der SPD Drs. 19/1616

Mit einem Antrag haben wir die Landesregierung im September aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine schnellstmögliche Einführung und Umsetzung eines staatlich verpflichtenden Tierwohllabels für alle Nutztier- und Haltungsarten einzusetzen sowie die Umsetzung der nationalen Nutztierstrategie in Schleswig-Holstein zügig auf den Weg zu bringen

Ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel und eine an diese Anforderungen angepasste nationale Nutztierstrategie, sind Instrumente, mit denen sowohl LandwirtInnen als auch VerbraucherInnen ihren Beitrag zu Tierwohl und Klimaschutz leisten können. Zudem drängt die Zeit, da die Ernährungswirtschaft mittlerweile ein eigenes Label nach eigenen Kriterien am Markt etabliert hat.

Die Bundeslandwirtschaftsministerin verweigert das staatliche Tierwohllabel. Sie will ein freiwilliges Label und das auch nur für Schweine. Das reicht bei weitem nicht aus!

Nach dem Anfang August vorgelegten Sonderbericht des Weltklimarats ist die Landwirtschaft für 23% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Einen besonders großen Anteil daran hat der steigende Fleischkonsum.

Die weltweite Fleischproduktion hat sich nach Angaben der Vereinten Nationen in den vergangenen 50 Jahren fast vervierfacht – von 84 Millionen Tonnen 1965 auf 330 Millionen 2017. Während wir Deutschen 1950 im Jahr rund 26 Kilo Fleisch pro Kopf genossen haben, essen wir heute rd. 60 Kilo.

Das sind alarmierende Zahlen! Und die apokalyptischen Waldbrände in Brasilien, diese verheerende Brandrodung ist an sich schon eine Katastrophe. Aber sie dient auch dazu, noch mehr Flächen für Rinderherden und für genmanipuliertes Soja, das dann als billiges Tierfutter in den Trögen unserer Landwirtschaft landet, zu schaffen.

Ein Ausweg kann nur gelingen, wenn wir jetzt konsequent handeln!

Die Politik und die Regierungen müssen dafür im Land, im Bund und in Europa endlich Rahmenbedingungen schaffen. Im März 2015 hat der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ vorgelegt.

Zielführend ist danach nur ein Paket an Maßnahmen. Daher fordern wir ein staatliches Tierwohllabel. Die sich daraus ergebenden Anforderungen müssen in der nationalen Nutztierstrategie verankert werden. Die Zeiten für freiwillige Vereinbarungen, wie die Bundeslandwirtschaftsministerin sie aktuell mit dem freiwilligen Schweinelabel plant, sind definitiv vorbei.

In der Landtagsdebatte hat unsere agrarpolitische Sprecherin Kirsten Eickhoff-Weber eine flächengebundene Nutztierhaltung, ein Mehr an Tierwohl und eine deutliche Begrenzung der Tiertransporte sowie einen unmissverständlichen Herkunftsnachweis sowohl bei Frischfleisch, als auch bei verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gastronomie, der Kantine und der Mensa gefordert.

Es muss deutlich sein, wo das Fleisch unter welchen Bedingungen erzeugt und verarbeitet wurde. Verbraucherinnen und Ver-

braucher müssen entscheiden können, kein Rindfleisch aus den USA, kein Schweinefleisch aus China, kein Lammfleisch aus Neuseeland zu essen.

Wir müssen die Landwirtschaft bei der Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel - unterstützen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Die Konzentration in der Fleischindustrie, der Ernährungsindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel hat dazu geführt, dass niedrigste Preise über alles entscheiden. Die Gesellschaft aber will eine klimaverträgliche, am Tierwohl orientierte Landwirtschaft. Viele Bauern wollen nachhaltig wirtschaften, dafür brauchen sie dann aber auch faire Preise.

Also müssen sich doch Verbraucher und Landwirtschaft gemeinsam gegen die Macht von Industrie und Handel stellen und sich dafür stark machen, dass mehr Leistung auf den Höfen auch honoriert wird.

Im Ergebnis wird Fleisch wieder mehr kosten, aber die Belastung würde gerecht verteilt und jeder hätte seinen Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Auf der Rindermastbereisung im August, an der Kirsten Eickhoff-Weber für uns teilgenommen hat, war zu hören, dass einer der großen im Lebensmitteleinzelhandel, der sich als ganz besonders nachhaltig präsentiert, kein Rindfleisch mehr in Schleswig-Holstein kauft. Also nix mehr

mit regional. Wir dürfen gespannt sein, wie bzw. ob die Verbraucher davon erfahren. In Erinnerung an die große Demonstration der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft am 22.10. in Rendsburg, können wir die Bauern nur auffordern, auf solche Entscheidungen des Lebensmitteleinzelhandels eben auch öffentlich hinzuweisen.

Hier im Landtag sind bereits in der letzten Legislatur Beschlüsse gefasst worden, die in die richtige Richtung weisen. Z.B. 2014 auf Initiative der Küstenkoalition „Für eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsformen bei tierischen Lebensmitteln“.

Leider fehlte dem Ministerium der Wille oder die Kraft oder die Zeit diese umzusetzen oder sich mit der nötigen Vehemenz dafür einzusetzen.

Es ist höchste Zeit! Daher fordern wir ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel für alle Nutztier- und Haltungsarten und endlich eine Landesinitiative zur Umsetzung der nationalen Nutztierstrategie. Dabei geht es auch um Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und begleitende Förderinitiativen für Investitionen in Tierwohl in der Nutztierhaltung.

Bisher hat der Minister lediglich einen Dialogprozess „Zukunft der Landwirtschaft“ initiiert, da werden jetzt in einem kleineren Kreis Thesen zur Zukunft der Landwirtschaft 2040 entworfen. 2040 ist zu spät, dann ist es für viele Betriebe vorbei.

Bedeutung der Kleingartenanlagen für unsere Umwelt



Am Freitag, dem 04.10.2019 waren Kerstin Metzner als Wahlkreis-Abgeordnete für Lübeck-West und Sandra Redmann als kleingartenpolitische Fraktionssprecherin der SPD-Landtagsfraktion zu Gast beim Gemeinnützigen Kreisverband Lübeck der Gartenfreunde e.V. Der Vorsitzende Hans-Dietrich Schiller, sein Stellvertreter und die zuständige Mitarbeiterin der Hansestadt Lübeck begrüßten sie in ihrem Vereinsheim. In einem angeregten Gedankenaustausch wurden die spezifischen Lübecker Themen, unter anderem die vielen Leerstände, diskutiert. Hans-Dietrich Schiller führte unsere Abgeordneten dann zusammen mit dem Vorstand durch die Kleingartenanlage Buntekuh. Dieser unmittelbare, aktuelle Einblick in die Situation des Kleingärtnervereins Buntekuh e.V. war sehr wertvoll. Verdeutlichte er doch eindringlich die Folgeprobleme, die sich aus dem hohen Anteil an Leerständen für die verbliebenen Pächter ergeben, z.B. bei gesundheitlichen Notfällen oder Bränden. Wir sehen hier akuten Handlungsbedarf. Zum Abschluss des Besuches erwarteten gab es ein Gespräch mit den ehrenamtlichen Gärtnern der Interkulturellen Bielefeldt Gärten von Lübeck-Buntekuh, Vertretern des Kulturladens, des Familienzentrums und des SPD-Ortsvereins Buntekuh sowie der Stadtpräsidentin. Sie berichteten über ihr Wirken für die Interkulturellen Gärten, die täglichen praktischen Her-

ausforderungen für die Aktiven sowie über das wertvolle soziale Miteinander innerhalb der Initiative. Gern haben Sandra Redmann und Kerstin Metzner Anregungen zu Fördermöglichkeiten für geplante Maßnahmen in den Interkulturellen Bielefeldt Gärten gegeben.

Abgerundet wurde der Besuch durch eine angeregte Gesprächsrunde mit den fleißigen Gärtnern und Unterstützern, der Jahreszeit entsprechend bei Tee und selbstgebackenen Plätzchen.

Die Kleingartenanlagen haben eine wichtige soziale und ökologische Funktion. Die grünen Oasen bringen Menschen unterschiedlichen Alters und Nationalität zusammen. Erwachsene und Kinder können sich eigene kleine Lebensräume schaffen, die Natur und ihre Vielfalt kennenlernen. Der Zusammenhalt der Menschen im Stadtteil wird gestärkt und das Ehrenamt durch die Gemeinschaftsarbeit hervorgehoben.

Der Tag hat wichtige Anregungen für die politische Arbeit im Landtag gebracht. Kleingartenvereine sind unverzichtbar für Lübeck und für ganz Schleswig-Holstein. Wir wollen deren weiteren Erhalt und die Realisierung künftiger Projekte auch weiterhin tatkräftig in der Landespolitik unterstützen.

Aal-Utsetten in de Schlie 2019

Am 7. August 2019 wurde mit dem Aussetzen von rund 150 000 kleinen Aalen in Maasholm die diesjährige Aktion "Aalutsetten in de Schlie" beendet. Gemäß der EU-Aalverordnung von 2007 soll mit dem jährlichen Aalbesatz dessen rückläufigem Bestand entgegengewirkt werden. Engagierte Schleifischer haben 2010 diesen jährlichen Besatz initiiert. Seit mittlerweile zehn Jahren werben sie beharrlich für ihr wichtiges Anliegen.

Früher galt der Aal neben dem Hering als Brotfisch der Schleifischer, doch längst zählt der Aal in Europa zu den bedrohten Tierarten. Der Bestand des Europäischen Aals hat in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Deswegen werden verstärkt junge Aale - Glasaale, und vorge-streckte Aale - in die Gewässer ausgesetzt.

Langfristig sollen 40 Prozent des Aalbestands der siebziger Jahre erreicht werden, sagte der Sprecher des Fördervereins zur Erhaltung maritimer Lebensformen, Olaf Jensen, in seiner Begrüßungsrede. Einen Vorwurf wollte er nicht unkommentiert lassen. Im März sorgte die Nachricht für Aufsehen, in der Schlei seien über Jahre mit einem Herpesvirus infizierte Jungaale ausgesetzt worden. „Der Förderverein setzt nur zertifizierte Aale und damit herpesfreie Aale aus.“, betonte Fischer Jensen. Zudem konnte er auf erste positive Ergebnisse verweisen. Mittlerweile werden wieder mehr kleine Aale in der Schlei gefangen.

Diesjähriger prominenter Gast war Heike Götz, die NDR-Moderatorin der „Landpartie“. Sie zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Fischer.

Die Besatzmaßnahmen werden zu 60 %

über öffentliche Mittel finanziert. Das sind Mittel aus der Fischereiabgabe und aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifond (EMFF). Doch diese Zuschüsse reichen nicht aus. 40 % der Aufwendungen werden über Spenden abgedeckt. Die Initiative „Aalutsetten in de Schlie“ ist stolz darauf, dass beim Aalbesatzprogramm an der Schlei nicht nur Fischer, sondern auch die Angler aus Schleswig, Arnis, Kappeln und Maasholm beteiligt sind. Unterstützung erfahren sie zudem von den Schleigemeinden, von Restaurants, von allen Räuchereien an der Schlei, den Fischereigenossenschaften, dem Nationalpark Schlei, den Werften und vielen Einzelpersonen. Um die Finanzierung auch künftig sicherzustellen, wurde im Dezember 2016 ein Förderverein gegründet, der die Antragstellung und Mittelverwaltung in den kommenden Jahren organisieren soll. Seit diesem Jahr ist die Aal-Aktie als Urkunde über Beträge von 20 €, 50 € und 100€ zu erwerben.

Die örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls unterstützte das Anliegen gern mit dem Kauf einer Aktie. Ehrensache, dass unsere fischereipolitische Sprecherin Kerstin Metzner eine solche Aktie bereits bei der Einführung erworben hat.



Durch den regelmäßigen Besatz soll ein schrittweiser Bestandsaufbau im Ostseeraum sichergestellt werden. Waren es in 2009 noch 33.000, so wurden in 2019 insgesamt 650.000 junge Aale ausgesetzt. Nur einen Teil der Aale entnehmen die Fischer wieder zu Konsumzwecken. Die Besatzmaßnahme wird auch in den kommenden Jahren fortgeführt. Die Aale sollen in der Schlei heranwachsen und so zur nachhaltigen Bestandserhaltung beitragen.



Den engagierten Fischern wünschen wir dabei auch weiterhin viel Erfolg!

Ausfahrt zu den Muschelzuchtanlagen vor Sylt im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Am 15. August 2019 hatte die Erzeugerorganisation schleswig-holsteinischer Muschelzüchter Vertreter der Verwaltung, Politiker und Pressevertreter zu den Muschelzuchtanlagen vor der Sylter Küste nach Hörnum eingeladen. Wir waren durch unsere fischereipolitische Sprecherin Kerstin Metzner vertreten. Aufgrund der widrigen Witterung musste der geplante Ablauf geändert werden. Der Tag begann deshalb statt auf einem Kutter im Restaurant. Nach den Grußworten fuhr Dietmar Wienholdt, Ministerialdirigent a.D. mit einem informativen Vortrag zum Thema „Muschelfischerei im Nationalpark. Im Spannungsfeld von Naturschutz und Wirtschaft“ fort.



Wind und Regen legten sich. So hatten die Gäste auf der anschließenden Ausfahrt in das Wattenmeer vor Hörnum doch noch die Gelegenheit, Muschelkutter bei der Arbeit an Saatmuschel-Gewinnungsanlagen zu beobachten. Mit welchen Risiken die Muschelzucht lebt, wurde den Gästen praktisch vorgeführt. Bereits ab der Windstärke 5 müssen die Muschelzüchter damit rechnen, dass sich der Besatz bis in eine Tiefe von 1,5 m von den Anlagen löst und weniger Besatzmuscheln ausgebracht werden können. Dem-

entsprechend unberechenbar sind die Erträge. Die Saatmuscheln werden auf die Muschelbänke im Wattenmeer vor Hörnum ausgebracht. Nach 2 bis 3 Jahren können sie dann geerntet werden.

Die Muschelfischerei vor Sylt ist seit 2017 gesetzlich geregelt. Der damalige



Umweltminister hatte mit dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages, des „Muschelfrieden von Tönning“, für einen Kompromiss zur Zukunft der Miesmuschelwirtschaft im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer gesorgt. Die Sylter Muschelzüchter können seitdem mit dem MSC-Siegel als Nachhaltigkeitssiegel werben. Die Zulassungen der Obersten Fischereibehörde sowie der Nationalparkverwaltung wurde auf circa 15 Jahre erteilt. Zugleich erhielten die Muschelfischer für die Anlagen im Küstengewässer eine entsprechende küstenschutzrechtliche Genehmigung.

Detlef Hansen von der Nationalparkverwaltung äußerte sich zufrieden darüber, dass nur noch 12 Prozent des geschützten Wattenmeers für die Muschelfischerei genutzt werden, Hauptgeschäftsführer Peter Ewaldsen von der Erzeugerorganisation betonte, dass die Muschelfischer bereit seien, auf weitere Muschel-Kulturflächen im Wattenmeer zu verzichten, wenn ihnen die

Möglichkeit gegeben werden könnte, im Horns Riff in der AWZ nördlich des Wattenmeeres Besatzmuscheln zu fischen.

Diese Ausfahrt war sehr beeindruckend und lieferte neue Einblicke in die Miesmuschelwirtschaft. Vielen Dank an die Erzeugerorganisation!

Nach Aussage von Ewaldsen werden vor Sylt die besten Muscheln geerntet. Hauptabnehmer in Europa für diese hochwertigen Muscheln sind vor allem Holland, Belgien und Frankreich. Krankhafter Befall bei den Muschelkulturen in Holland hat dort zu großen Verlusten geführt. Dies wiederum brachte den Sylter Muschelfischern gute Verkaufspreise auf dem internationalen Markt ein. Deshalb wird auch für die diesjährige Saison mit ähnlichen Ergebnissen gerechnet wie im Vorjahr. Die Muschelwirtschaft ist derzeit der umsatzstärkste Zweig der Fischerei in

Schleswig-Holstein.



Abwechslungsreicher Thementag zur Artenvielfalt

Die Landtagsabgeordnete Kathrin Wagner-Bockey und die SPD Börnsen haben zum Thementag Artenvielfalt eingeladen. Zu Gast war ihre Landtagskollegin Sandra Redmann, umweltpolitische Sprecherin der SPD und Vorsitzende der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein, sowie zahlreiche Interessierte.



Der Tag begann mit einem Besuch in Kollow bei der Rindergilde Geesthacht. Uwe Kiesewein, Gründer und Vorsitzender des Vereins, führte die

Gruppe über das gut 50 Hektar große Gelände. Auf den Flächen weiden ganzjährig Deutsch-Angus-Rinder. Im Mittelpunkt steht die Fleischerzeugung auf der Basis von artgerechter Haltung. Von diesem Projekt profitiert das gesamte Ökosystem: Kiesewein wies die Besucher auf die Knickpflege hin, die einen besonderen Stellenwert einnimmt. 3,5 Kilometer wurden seit der Gründung 1988 neu angelegt und sind mitverantwortlich für den neuen Artenreichtum der Gemeinde Kollow. Viele Menschen hätten ein zunehmendes Interesse daran, Fleisch aus der Region zu beziehen und einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, berichtet der Vereinsvorsitzende. Vor 30 Jahren gründete sich die Rindergilde mit 14 Personen. Heute hat der Verein 230 Mitglieder.

Im Anschluss folgte ein Spaziergang durch die Dalbekschlucht unter der fachkundigen Führung von Bernd Struwe-Juhl von der Stiftung Naturschutz. Die rund 40 Meter tiefe Schlucht und ihre unmittelbare Umgebung stehen unter Naturschutz. Ziel ist der Erhalt des Waldes, der Lebensraum für zahlreiche Arten bietet. Dabei wird nur minimal eingegriffen. Eines von vielen Beispielen ist das stehengelassene Totholz, welches besonders durch seine senkrechte Position Lebensraum für viele Vögel und Pilze bietet.



Der Rundgang bot auch ausreichend Gelegenheit, viele heimische Vögel und Insekten aus der Nähe zu betrachten. Bei der anschließenden Gesprächsrunde hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich über Themen rund um den Artenschutz auszutauschen. Bemängelt wurde, dass notwendige naturschutzfachliche Regulierungen kaum kontrolliert werden. Umweltsünder kämen in vielen Fällen ungestraft davon. Die Gruppe sprach sich auch für mehr Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen aus. Viele könnten kaum noch typische heimische Tiere und Pflanzen benennen. Viel wichtiges Wissen würde so verloren gehen. Sandra Redman verwies darauf, dass es jedoch keineswegs an

Umweltbewusstsein fehle wie die aktuellen Klimademonstrationen „Fridays for Future“ zeigten. Jetzt sei die beste Zeit, junge Menschen für dieses Thema zu gewinnen. Wagner-Bockey würdigte die Anstrengung der Stiftung Naturschutz, die



Vielfalt unserer heimischen Natur, also auch unserer Wälder, wieder zu stärken und damit die Lebensgrundlage der nachfolgenden Generationen zu erhalten.

13. Green Screen Festival in Eckernförde

Vom 11.-15. September fand in Eckernförde das 13. Internationale Filmfestival GREEN SCREEN statt. Der Fokus des diesjährigen Festivals lag auf der Klimakrise. 274 Filme aus 74 Ländern wurden eingereicht. 119 wurden im Programm gezeigt. Es ist einfach großartig und sehr bewegend was hier jedes Jahr auf die Beine gestellt wird. Dieses Festival ist einzigartig. Naturfilme, die begeistern, die wachrütteln, Interesse wecken und Emotionen auslösen.

Viele Kinder und Jugendliche finden so einen besonderen Zugang zur Natur und das wünschen wir uns doch. Eine Stadt im Naturrausch.

Auch die Eckernförder Gespräche am Vortag der offiziellen Eröffnung erfreuen sich großer Beliebtheit. Die Klimakrise war auch hier Thema. Eine beeindruckende

Diskussion, die zum Nachdenken angeregt hat.

Das, was unsere umweltpolitische Sprecherin Sandra Redmann bereits auf der Eröffnung vor ein paar Jahren gesagt hat, galt auch für die diesjährige Veranstaltung unverändert: „Dieses Festival hat mich zum Lachen, zum Weinen, zum Nachdenken gebracht.“

Macht weiter so!“ Glückwunsch liebes GREEN SCREEN Team.

Umweltpolitik im Europäischen Parlament

Von Delara Burkhardt



Delara Burkhardt, MdEP

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitglieder des AK Umwelt,

spannende erste drei Monate im Europäischen Parlament liegen hinter mir. Drei Monate, in denen sich das Europäische Parlament und die Europäische Kommission neu konstituiert haben. Nun geht es endlich mit der inhaltlichen Arbeit los. Ich bin stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss des Europäischen Parlaments und das einzige SPD-Vollmitglied im Umweltausschuss.

Da der Umweltausschuss - mit vollem Namen: Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit - eine große Bandbreite an Themen behandelt, habe ich mich mit den beiden stellvertretenden SPD-Mitgliedern im Umweltausschuss, Tiemo Wölken und Constanze Krehl, auf eine Themenaufteilung geeinigt. Ich werde demnach schwerpunktmäßig unter anderem die Themen internationale Klimapolitik, Artenschutz, Nachhaltige Entwicklungsziele, Landwirtschaft, Waldpolitik und Landnutzung, sowie Kreislaufwirtschaft bearbeiten. Aber natürlich bin ich gerne auch zu allen anderen Bereichen des Umweltausschusses ansprechbar.

Langeweile wird in diesem Ausschuss garantiert nicht aufkommen. Unser europaweiter Spitzenkandidat für die Europawahl, Frans Timmermans, wurde von Ursula von der Leyen als Exekutiver Vizepräsident der Kommission für den Europäischen Green New Deal benannt. Frans hat sich in den letzten Jahren als Kommissionsvize bereits einen Namen als Vorkämpfer für den Schutz des Klimas und der Umwelt gemacht, und hat diese Themen ja auch im Europawahlkampf auf seiner Agenda ganz nach oben gesetzt. Bereits in den ersten einhundert Tagen der neuen Amtszeit will Frans einen Vorschlag für ein europäisches Klimagesetz vorlegen, das das Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen, gesetzlich festschreiben soll. Dies wird dann vom Europäischen Parlament und dem Rat (dem Gremium der nationalen Regierungen) verhandelt und beschlossen werden müssen. Im Rahmen des Green New Deals werden noch eine Reihe weiterer Initiativen gestartet werden. Von der Erhöhung der CO₂-Reduktionsziele der EU auf 50%, möglicherweise 55%, bis 2030, über eine neue EU-Artenvielfaltsstrategie, bis hin zu neuen Regeln für die Kreislaufwirtschaft, damit mehr recycelt wird bzw. Müll gar nicht erst anfällt.

Auch auf internationaler Ebene wird die EU im Umweltbereich aktiv sein, und damit auch das Europäische Parlament. Ende nächsten Jahres trifft sich die Weltgemeinschaft in Kunming, China, um ein internationales Abkommen zum Schutz der Arten zu beschließen. Ich hoffe auf einen „Paris-Moment“ für den Artenschutz und dass ein internationaler Vertrag entsteht,

ähnlich dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz. Apropos Pariser Abkommen: das darin gesteckte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen ist durchaus ambitioniert. Die bisher ergriffenen Maßnahmen, um dahin zu kommen, jedoch nicht. Mit den derzeitigen Plänen aller Vertragsunterzeichner würde die Erde auf eine Erwärmung um 3 Grad Celsius zusteuern. 2020 sollen die Staaten laut Pariser Abkommen neue, überarbeitete Klimaschutzpläne vorlegen. Das Europäische Parlament wird in der Klimadiplomatie der EU eingebunden sein, um alle Staaten zu mehr Klimaschutz zu bewegen.



Dies sind nur einige der vielfältigen Themen, die in den nächsten fünf Jahren auf uns zukommen. Wenn ihr Fragen, Anmerkungen oder Ideen habt, nehme ich diese gerne entgegen. Ihr könnt mein Kieler Büro unter moin@delara-burkhardt.eu, und

mein Brüsseler Büro unter delara.burkhardt@ep.europa.eu erreichen.

Auf meiner Facebookseite, auf Twitter und Instagram (@delarabur) informiere ich täglich über meine Abgeordnetenarbeit.

Herzlichen Glückwunsch Wolfgang Vogel!



Wir gratulieren Wolfgang Vogel sehr herzlich, der im September seinen 70. Geburtstag feierte. Als umweltpolitisches Urgestein – nicht nur in der SPD – hat sich Wolfgang Vogel einen großartigen Namen gemacht.

Mit seinem vielfältigen Engagement, ob im Büro des damaligen Umweltministers Berndt Heydemann, als langjähriger Direktor des LLUR oder im Verein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein, um nur einige Beispiele zu nennen, hat Wolfgang Vogel nicht nur sein Fachwissen, sondern auch seine Liebe zur Natur unter Beweis gestellt.

Als Sprecher des umWeltforums Schleswig-Holstein ist er auch in seinem Unruhestand für die SPD aktiv.

Lieber Wolfgang, wir danken dir sehr und zählen weiter auf dich.

*Happy
Birthday*



Verdiente Ehrung für Sandra Redmann

Wir gratulieren unserer Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume Sandra Redmann herzlich zur Auszeichnung mit der Goldenen Verdienstnadel des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Gartenfreunde e. V. Der Landesvorsitzende Dieter Schiller überraschte sie im Rahmen des Sommerfestes der Stiftung Naturschutz mit dieser höchsten Anerkennung. Wir freuen uns mit ihr über diese Auszeichnung, da sie sich in besonderer Weise für das Kleingartenwesen engagiert.



Reden und Anträge von August bis Oktober 2019

August 2019:

Tierwohllabel und Nutztierstrategie jetzt umsetzen!

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) 14.08.2019 Drucksache 19/1616

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/drucksachen-online/?paramQuery=1616&lastQuery=&perSite=10&sort=D>

Grundwasser schützen! Stand der Diskussion zur Verschärfung der Düng-Verordnung

Antrag Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) 15.08.2019 Drucksache 19/1624

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/drucksachen-online/?paramQuery=1624&lastQuery=1616&perSite=10&sort=score>

Berichts Antrag über den Sachstand der Dürreilfe für die Landwirte

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) - Umdruck 19/2758 16.08.2019:

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2758&lastQuery=&perSite=10&sort=D>

Thomas Hölck zu TOP 28: am 29.08.2019: Ohne übergesetzlichen Lärmschutz geht es bei der Hinterlandanbindung nicht

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-08-29-13-13-20-77fc/?group=spd&tVon=08.08.2019&tBis=¶mSeite=2>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 24+32 am 29.08.2019: Es ist höchste Zeit für ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-08-29-17-21-40-0bd5/?group=spd&tVon=28.08.2019&tBis=¶mSeite=2>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 27 am 29.08.2019: Es geht um den Schutz unserer kostbarsten Ressource – unser Grundwasser!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-08-29-18-04-21-0f25/?group=spd&tVon=28.08.2019&tBis=¶mSeite=2>

September 2019:

Berichts Antrag über den aktuellen Sachstand zum Thema Afrikanische Schweinepest

Sandra Redmann (SPD - Umdruck 19/2912 12.09.2019:)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2912&lastQuery=2758&perSite=10&sort=score>

Berichts Antrag über mögliche Auswirkungen der Überlaufstelle in der Schlei (Nehrung) auf die anliegenden Gemeinden und vorbeugende Maßnahmen der Landesregierung

Umdruck 19/2911 12.09.2019 Einsender: Sandra Redmann (SPD)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2911&lastQuery=2912&perSite=10&sort=score>

Berichts Antrag über die Ergebnisse des Gutachtens zur Deponierung freigegebener Abfälle aus Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein

Umdruck 19/2910 12.09.2019 Sandra Redmann (SPD)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2910&lastQuery=2911&perSite=10&sort=score>

Ampelfarbene Nährwertkennzeichnung (Nutri-Score) zügig einführen

Alternativantrag Kerstin Metzner (SPD) 24.09.2019 Drucksache 19/1729

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/drucksachen-online/?paramQuery=1729&lastQuery=&perSite=10&sort=D>

Kerstin Metzner zu TOP 20 am 27.09.2019: Transparenz auf einen Blick: Die Nährwertkennzeichnung „Nutri-Score“

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-09-27-13-35-27-742d/?group=spd&tVon=28.08.2019&tBis=¶mSeite=2>

REDE ZU PROTOKOLL GEGEBEN!

Kerstin Metzner zu TOP 36 am 27.09.2019: Fischschutz für Jamaika offenbar nachrangig

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-09-27-14-47-03-79c4/?group=spd&tVon=28.08.2019&tBis=¶mSeite=2>

Oktober 2019:

Berichtsantrag über einen möglichen Teilverkauf von Senvion und zur Zukunft der Beschäftigten

Umdruck 19/2992 01.10.2019 Thomas Hölck (SPD)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2992&lastQuery=&perSite=10&sort=D>

Berichtsantrag zum aktuellen Sachstand zum Thema Munition im Meer

Umdruck 19/2997 02.10.2019 Sandra Redmann (SPD)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=2997&lastQuery=2992&perSite=10&sort=score>

Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zum Neuerlass des Wassergesetzes und zur Änderung anderer wasserrechtlicher Vorschriften (Wasserrechtsmodernisierungsgesetz)

Umdruck 19/3051 22.10.2019 Sandra Redmann (SPD)

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/umdrucke-online/?paramQuery=3051&lastQuery=2997&perSite=10&sort=score>

Keine weitere Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag Thomas Hölck (SPD) 29.10.2019 Drucksache 19/1789

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/drucksachen-online/?paramQuery=1789&lastQuery=&perSite=10&sort=D>

Das Grüne Band bundesweit zum Naturdenkmal erklären

Sandra Redmann (SPD) 30.10.2019 Drucksache 19/1790

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/drucksachen-online/?paramQuery=1790&lastQuery=1789&perSite=10&sort=score>